

ANTRAG

der Fraktion der NPD

5 Jahre Schengen II - Wir feiern nicht - Grenzkontrollen wieder einführen und die geplante weitere Ausdünnung der Bundespolizei in Grenznähe unverzüglich stoppen!

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag erkennt an, dass die infolge der Grenzöffnung zu Polen und Tschechien vom 21.12.2007 ausgeuferte Kriminalität zu ernstzunehmenden Besorgnissen in der Bevölkerung geführt hat.
2. Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern fordert im Rahmen der Innenministerkonferenz nach Vorabsprache mit seinen Amtskollegen aus Brandenburg und dem Freistaat Sachsen den Bundesinnenminister zur Rückkehr zu den bewährten stationären Grenzkontrollen auf.
3. Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern fordert im Rahmen der Innenministerkonferenz den Bundesinnenminister mit Nachdruck auf, Plänen zur weiteren personellen Ausdünnung der Bundespolizei-Inspektion Pasewalk eine klare Absage zu erteilen.
4. Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern fordert im Rahmen der Innenministerkonferenz den Bundesinnenminister auf, die Kraftstoff-Kontingentierungen zumindest so zu gestalten, dass die Bundespolizei-Beamten während einer Schicht jede grenznahe Ortschaft anfahren können.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die Vorhersagen von Fachleuten, wonach die Grenzöffnungen zu Polen und Tschechien vom 21. Dezember 2007 („Schengen II“) zu einem Anstieg der Kriminalität führen würden, haben sich einmal mehr bestätigt. Mecklenburg-Vorpommern ist dabei zum einen zum Transitland für meist gut organisierte Banden aus dem osteuropäischen Raum geworden. Zum zweiten herrscht in den grenznahen Ortschaften große Verunsicherung aufgrund der Aktivitäten von Kleinkriminellen, die meist aus Polen und Litauen stammen. Und nicht zuletzt hat der Wegfall der Grenzkontrollen im Zusammenspiel mit den „Demokratisierungs“-Versuchen des „Westens“ in Nordafrika und Asien zu einem starken Anstieg der Asylbewerberzahlen geführt.

Ein gravierendes Problem im Rahmen der Grenzriminalität stellen die Kfz-Diebstähle dar. Wie eine Kleine Anfrage eines Abgeordneten der NPD-Landtagsfraktion (Drucksache 6/1174) ergeben hat, betrug der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen hierbei im Vorjahr 28 Prozent (2007: 8,1 Prozent). Im Gegenzug sank die Aufklärungsquote überaus deutlich von 41,8 Prozent im Jahr 2007 auf lediglich 27,4 Prozent im Jahr 2011. Der überwiegende Teil der Tatverdächtigen stammte aus Polen und Litauen.

Wie dem Nordkurier - Anklamer Zeitung (Ausgabe vom 16.10.2012) zu entnehmen war, übte der stellvertretende Vorsitzende bei der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Bundespolizei Mecklenburg-Vorpommern, deutliche Kritik an Plänen, die Bundespolizei in Grenznähe und hierbei insbesondere die Bundespolizei-Inspektion Pasewalk personell weiter auszudünnen. Die Rede ist von 90 Stellen. Die Personalstärke sei in den Jahren seit der Grenzöffnung ohnehin schon reduziert worden - von einst 700 Mitarbeitern auf derzeit 500. Auch dieser Beamte verwies noch einmal nachdrücklich auf den Zusammenhang zwischen weggefallenen Grenzkontrollen und zunehmender Kriminalität.

Des Weiteren leidet die Arbeit der Bundespolizei unter Haushaltszwängen, wie der Kilometer- bzw. Sprit-Budgetierung für die Fahrzeuge, wodurch während der Schichten Ortschaften im grenznahen Raum oftmals nicht angefahren werden können. Hier müssen schnellstens Änderungen erreicht werden, damit den Beamten ermöglicht wird, während der Schichten möglichst jeden grenznahen Ort anfahren zu können.